



An  
Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Europaausschuss  
z. Hd. Malte Krüger, Vorsitzender  
Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel  
europaausschuss@landtag.ltsh.de

**Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 20/4994**

**Stellungnahme zu den Drucksachen:**

**Schleswig-Holsteins Punkte für die neue Amtszeit der EU-Institutionen 2024-2029 Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 20/2964)**

**Schleswig-Holstein in einem innovativen und solidarischen Europa Alternativantrag der Fraktionen von SPD und SSW (Drucksache 20/2988)**

**Maßnahmenpaket zur Stärkung der Eigenständigkeit und Überlebensfähigkeit Europas in einer neuen wirtschafts- und verteidigungspolitischen Epoche Alternativantrag der Fraktion der FDP (Drucksache 20/2991)**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren,

08. Juli 2025

wir als Junge Europäische Föderalist\*innen Schleswig-Holstein danken Ihnen sehr herzlich für die Einladung, zu den oben aufgeführten Drucksachen Stellung zu nehmen.

**Leon Schröter**  
Landesvorsitzender

Als Vertreter junger Menschen in Schleswig-Holstein, die für ein geeintes, föderales Europa ohne Grenzen einsetzen, begrüßen wir ausdrücklich die Initiative des Landtags, Vorschläge für die neue Legislatur der EU-Institutionen 2024-2029 zu formulieren. Im Sinne unserer Vision von einem föderalen Europa sehen wir eine besondere Verantwortung bei den Regionen, die Politik der Europäischen Union im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv mitzugestalten und ihre Interessen selbstbewusst innerhalb des Mehrebenensystems zu vertreten.

**Junge Europäische Föderalist\*innen Schleswig-Holstein**  
Faluner Weg 28  
24109 Kiel

vorstand@jef-sh.eu  
www.jef-sh.eu

Es ist uns ein besonderes Anliegen, dass junge Menschen bei politischen Entscheidungen nicht nur bedacht, sondern auch beteiligt werden. Dafür braucht es eine EU-Jugendstrategie mit einem funktionierenden und wirkungsvollen Jugendcheck von politischen Vorschlägen seitens der Kommission, der diesen Namen verdient und den tatsächlichen Anforderungen gerecht wird. Junge Menschen müssen die Möglichkeit erhalten, ihre Interessen niedrigschwellig in die europäische Politik einzubringen und als ernstzunehmende Stimme wahrgenommen zu werden. Dazu gehört auch die Einbeziehung von demokratischen Jugendorganisationen wie beispielsweise den Jungen Europäischen Föderalist:innen oder dem European Youth Forum, in denen junge Menschen verschiedenster Hintergründe zusammenkommen, gemeinsam Ideen entwickeln und ihre Interessen zum Ausdruck bringen.

Um bereits frühzeitig das Bewusstsein für die Bedeutung eines geeinten und friedlichen Europas zu stärken, braucht es die Stärkung der Schulen in der Europäischen Union als Teil eines europäischen Bildungswegs. Schleswig-Holstein verfügt über ein starkes Netzwerk engagierter Europaschulen, die in besonderem Maße die Vermittlung der europäischen Werte und der Bedeutung der Europäischen Union fördern. Dies begrüßen wir ausdrücklich. Gleichzeitig fordern wir, dass der Europabildung und Europakompetenz, ebenso wie der Sichtbarkeit der Europäischen Union als Gemeinschaftsprojekt, mehr Raum im Schulalltag und in Lehrplänen aller Schulformen eingeräumt wird. Erasmus+ Förderungen in Schulen sind eine gute Möglichkeit, europäische Gemeinschaft direkt zu erleben und müssen allen Schülerinnen und Schülern, unabhängig ihrer sozialen Herkunft, zugänglich sein. Dementsprechend fordern wir eine Stärkung des Erasmus+ Programms für junge Menschen im Schulalter.

**In Bezugnahme auf den Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 20/2964) möchten wir folgende Anmerkungen vorbringen:**

Zu 1a: „Schutzmaßnahmen aufgrund grenzüberschreitender Bedeutung“: Die Anerkennung der grenzüberschreitenden Bedeutung der Nord- und Ostsee muss auch die grenzüberschreitende Bedeutung der an diese Meere angrenzenden Regionen anerkennen – namentlich der deutsch-dänischen Grenzregion im Norden Schleswig-Holsteins. Diese Grenzregion kann nur im Sinne eines vereinten, freiheitlichen und gemeinschaftlichen Europas geschützt werden, wenn sie durch Kooperationen, eine starke grenzüberschreitende Politik und die



uneingeschränkte Einhaltung des Schengener Abkommens weiterhin eine offene, vernetzte Grenzregion bleibt und nicht – wie einst vor Schengen – wieder zu einem abgeschotteten, kontrollierten Grenzgebiet wird. Deswegen fordern wir, dass der schleswig-holsteinische Landtag sich ausdrücklich zum Schengener Abkommen bekennt und den Europäischen Institutionen in ihrer neuen Amtszeit empfiehlt, die Voraussetzungen für die vorübergehende Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen zu verschärfen. Grenzschutz muss Aufgabe der Europäischen Union als Gemeinschaft sein und an den Außengrenzen der Union erfolgen, nicht innerhalb Europas zwischen den Mitgliedstaaten. Andernfalls wird die gewachsene Gemeinschaft zwischen der schleswig-holsteinischen und der dänischen Bevölkerung nachhaltig geschädigt.

Zu 1b: „Einbindung der Ostsee in die Sicherheitspolitik angesichts geopolitischer Veränderungen“: Seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ist die Ostsee verstärkt zum Schauplatz hybrider Bedrohungen gegen EU- und NATO-Staaten geworden. Um die Sicherheit Schleswig-Holsteins und der gesamten Ostseeregion nachhaltig zu gewährleisten, muss die sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit in der EU deutlich vertieft werden. Die Ostsee darf nicht nur punktuell sicherheitspolitisch berücksichtigt werden, sondern muss Teil einer konsequent europäisch gedachten Verteidigungspolitik werden. Langfristiges Ziel muss der Aufbau einer Europäischen Armee sein. Auf dem Weg dorthin ist eine Harmonisierung nationaler Streitkräfte, in Bereichen wie Beschaffung, Ausbildung und Einsatzbereitschaft, erforderlich. Auch eine offene Debatte über die Möglichkeit einer europäischen nuklearen Abschreckung durch Frankreich auf Grundlage von Artikel 42 Absatz 7 EUV sollte nicht gescheut werden.

Zu 1c: „Munitionsaltlasten im Meer als gemeinsame Herausforderung anerkennen“: Als Jugendorganisation ist uns ein nachhaltiger Umgang mit unserer Umwelt besonders wichtig. Die Beseitigung der gefährlichen Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee ist ein notwendiger Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise und betrifft in besonderem Maße Schleswig-Holstein. Weil Umweltbelastungen keine nationalen Grenzen kennen, muss die Beseitigung als europäische Aufgabe verstanden und im Rahmen eines grenzüberschreitenden Förderprogramms koordiniert angegangen werden. Die EU sollte hierfür langfristige Finanzierungs- und Forschungsstrukturen bereitstellen.

Zu 3: „Kohäsionspolitik zur Stärkung ländlicher Regionen“: Schleswig-Holstein ist in weiten Teilen ländlich geprägt. Es ist daher von zentraler Bedeutung, dass junge Menschen im gesamten Land unabhängig von ihrem Wohnort gleiche Chancen für ihre persönliche und berufliche Entwicklung erhalten. Im Rahmen der Kohäsionspolitik der EU ist es nicht nur Aufgabe der Regionen, sondern der gesamten europäischen Gemeinschaft, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land sicherzustellen. Dies beinhaltet die Förderung attraktiver öffentlicher Mobilitätsangebote, jugendgerechten und bezahlbaren Wohnraums auch im ländlichen Raum sowie der Ansiedelung von Arbeitgebern außerhalb urbaner Zentren.

#### **In Bezugnahme auf den Antrag der Fraktionen von SPD und SSW (Drucksache 20/2988) möchten wir folgende Anmerkungen vorbringen:**

Zu „Stärkung der Demokratie“: Wir begrüßen ausdrücklich die im Antrag formulierte Forderung, Mehrheitsentscheidungen in weiteren Politikfeldern auf europäischer Ebene zu ermöglichen. Ein funktionierendes Europa kann aus unserer Sicht jedoch nur dann langfristig demokratisch handlungsfähig bleiben, wenn das Einstimmigkeitsprinzip vollständig abgeschafft wird.

#### **In Bezugnahme auf den Antrag der Fraktion der FDP (Drucksache 20/2991) möchten wir folgende Anmerkungen vorbringen:**

Wir unterstützen die Forderung nach einer Stärkung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Kompetenzen der Europäischen Union. Ebenso begrüßen wir die vorgeschlagene Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Auf beide Themenkomplexe sind wir im Rahmen unserer Ausführungen weiter oben bereits detailliert eingegangen.

Zur weiteren Vertiefung möchten wir auf folgende Beschlüsse unseres Bundesverbands hinweisen: „Gebt der Jugend eine Stimme“ (<https://www.jef.de/wp-content/uploads/sites/4/2024/10/geb-der-jugend-eine-stimme.pdf>), „Mehr Raum für Europa in der Schule“ (<https://www.jef.de/wp-content/uploads/sites/4/2023/11/mehr-raum-fuer-europa-in-der-schule.pdf>), „Für Menschenrechte und Sicherheit an Europas Außengrenzen“ (<https://www.jef.de/wp-content/uploads/sites/4/2023/11/fuer-menschenrechte-und-sicherheit-an-europas-aussengrenzen.pdf>), „Offene Grenzen statt Schlagbäume: Gegen die politische Instrumentalisierung von Schengen“ (<https://www.jef.de/wp-content/uploads/sites/4/2024/10/offene-grenzen-statt-schlagbaeume-gegen-die-politische-instrumentalisierung-von-schengen.pdf>), „Mehr Europa in der Verteidigungspolitik – mehr Verteidigungspolitik in Europa!“ (<https://www.jef.de/wp-content/uploads/sites/4/2021/10/mehr-europa-in-der-verteidigungspolitik--mehr-verteidigungspolitik-in-europa-2.pdf>), „Europäische Armee“ (<https://www.jef.de/wp->

[content/uploads/sites/4/2015/06/2015\\_ba\\_i\\_beschluss\\_europaeische\\_armee.pdf](https://www.jef.de/wp-content/uploads/sites/4/2015/06/2015_ba_i_beschluss_europaeische_armee.pdf)), „Europa im Visier hybrider Kriegsführung“ (<https://www.jef.de/wp-content/uploads/sites/4/2024/03/europa-im-visier-hybrider-kriegsfuehrung.pdf>), „Europas nuklearer Schutzschirm“ (<https://www.jef.de/wp-content/uploads/sites/4/2024/10/europas-nuklearer-schutzschirm.pdf>), „Für einen echten europäischen Katastrophenschutz“ (<https://www.jef.de/wp-content/uploads/sites/4/2021/10/fuer-einen-echten-europaeischen-katastrophenschutz-2.pdf>), „Umweltschutz hier und jetzt! EU-Umweltrecht effektiv durchsetzen“ (<https://www.jef.de/wp-content/uploads/sites/4/2022/03/umweltschutz-hier-und-jetzt-eu-umweltrecht-effektiv-durchsetzen.pdf>). Darüber hinaus verweisen wir auf das folgende Papier des Deutschen Bundesjugendrings, in dem die JEF Mitglied ist: „Ergebnisse des 7. EU-Jugenddialog-Zyklus zum Europäischen Jugendziel #6 Jugend im ländlichen Raum voranbringen. Ein Vergleich der Ratschlussfolgerung 'Mehr Chancen für junge Menschen in ländlichen und abgelegenen Gebieten' und der Forderungen junger Menschen aus Deutschland“ (<https://www.dbjr.de/fileadmin/pdf/tmp/vergleich-ratsschlussfolgerung-und-forderungen-aus-deutschland.pdf>).



Mit freundlichen Grüßen  
gez. Leon Schröter